



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

nach dem Sonderrundbrief der Kammer, den Sie im Februar erhalten haben, finden Sie im aktuellen Rundbrief Berichte über die letzten drei Delegiertenversammlungen 2006 und über Veranstaltungen der Kammer im letzten Jahr.

Zur Entwicklung des KJHG finden Sie ausführliche Informationen auf unserer Internetseite.

Neu ist die Rubrik ‚Glossar‘ des Ausschusses ‚Wissenschaft, Forschung, Qualitätssicherung‘. Hier sollen in loser Folge Begriffe aus dem Gesundheitswesen kurz erläutert und Literaturhinweise für weiterführende Informationen zum Thema gegeben werden. In diesem Rundbrief wird der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie (WBP) vorgestellt.

Besonders hinweisen möchte ich auf das Vorhaben des Ausschusses ‚Wissenschaft, Forschung, Qualitätssicherung‘. Wir bitten Sie um Ihre Mitarbeit und werden in einer der nächsten Ausgaben berichten.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostertage

Renate Mrazek  
Vizepräsidentin

### Berichte

## Vernetzung für eine bessere Versorgung

### Psychotherapeutische Versorgung älterer Menschen in Berlin

*Die Psychotherapeutenkammer Berlin unterstützt die Vernetzungsinitiative des Arbeitskreises der Psychologen in geriatrischen Kliniken in Berlin und Brandenburg*

Die Berliner Psychotherapeutenkammer hat 2005 in ihrer Studie zur „ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von psychosekranken Menschen sowie älteren Menschen in Berlin“ darauf aufmerksam gemacht, dass, obgleich psychische Erkrankungen bei älteren Menschen häufig vorkommen, diese bislang kaum (ambulante) psychotherapeutische Hilfen in Anspruch nehmen.

Eine Reihe regionaler/lokaler Feldstudien belegen, dass ca. ein Viertel der älteren Bevölkerung psychisch krank ist. Dem entgegen steht eine äußerst geringe Anzahl an Psychotherapeuten, die sich gezielt um diese Patientengruppe kümmern: lediglich 185 niedergelassene Psychotherapeuten (13% der Befragten der Kammerstudie) nannten „alte Menschen“ als spezielle Zielgruppe.

Qualifizierte Angebote ambulanter psychotherapeutischer Behandlung älterer Menschen fehlen weitgehend bzw. sind wenig bekannt. Selbst Professionelle Helfer aus der Altenhilfe und Gerontopsychiatrie kennen kaum Psychotherapeuten, die bereit und in der Lage sind, ältere Menschen mit ihren spezifischen Problemen psychotherapeutisch zu behandeln.

Nun hat sich der Arbeitskreis der Psychologen in geriatrischen Kliniken in Berlin und Brandenburg an die Kammer gewandt. Ihr Anliegen: Die stationäre und die ambulante psychotherapeutische Versorgung zu vernetzen, um eine engmaschige psychotherapeutische Versorgung betroffener alter Menschen zu gewährleisten.

Die Studie der Kammer können Sie unter [www.psychotherapeutenkammer-berlin.de](http://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de) abrufen oder gegen einen Unkostenbeitrag in Höhe von 5 € als Broschüre in der Geschäftsstelle der Kammer bestellen.

Die Psychotherapeutenkammer unterstützt diese Initiative ausdrücklich und ruft daher alle Kammermitglieder auf, sich an dem geplanten Netzwerk zu beteiligen! Sie tragen damit wesentlich zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung älterer Menschen in Berlin bei! In dem entsprechenden Online-Artikel unter [www.psychotherapeutenkammer-berlin.de](http://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de) (Rubrik Kammerinfo/Aktuelles) gibt es einen Kontaktbogen, den Sie bitte ausgefüllt an den Arbeitskreis zurücksenden.

*Andrea Mihail*

Arbeitskreis der Psychologen in geriatrischen Kliniken Berlin/Brandenburg  
Evangelisches Geriatriezentrum Berlin  
Tel. 030-45941988,  
Email: [andrea.mihail@charite.de](mailto:andrea.mihail@charite.de)

## Fachtagung am 11.11.2006: Psychologische Aspekte der Adipositas bei Kindern und Jugendlichen und vernetzte Versorgungsstrukturen

*Übergewicht und Adipositas werden zunehmend auch im Kindes und Jugendalter als Problem wahrgenommen. Zum Thema „Psychologische Aspekte der Adipositas bei Kindern und Jugendlichen und vernetzte Versorgungsstrukturen“ fand im November im Vivantes - Diagnose und Behandlungszentrum für Entwicklung und Neurologie des Kindes- und Jugendalters (DBZ) in Kooperation mit dem interdisziplinären SPZ der Charité und Epiberlin sowie unter der Beteiligung der Berliner Psychotherapeutenkammer eine interdisziplinäre Tagung statt.*

Nach den neusten epidemiologischen Ergebnissen der KIGGS-Studie des Robert Koch Instituts<sup>1</sup> stieg die Prävalenz insgesamt und insbesondere bei den stark übergewichtigen Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren nochmals deutlich an. Die Entstehung von Übergewicht kann vor einem biopsychosozialen Modell verstanden werden. Psychologische und soziale Aspekte der Entstehung, Aufrechterhaltung und komorbide psychische Störungen sind für die Planung von therapeutischen Maßnahmen von großer Bedeutung, um das Ziel der langfristigen Veränderung des Risiko-Lebensstiles der Patienten im Kontext ihrer Familie zu erreichen.

Clemens Povel stellte in der Einführung u.a. die Auswirkungen von Übergewicht auf die Lebensqualität, den Selbstwert und die soziale Position von Kindern und Jugendlichen dar. Daraus lässt sich die Notwendigkeit des Vorhaltens von psychotherapeutischer Kompetenz für die Behandlung von Übergewichtigen sowie die Beachtung der Belastung durch Übergewicht bei der Behandlung psychischer Störungen im Kindes- und Jugendalters ableiten.

Elisabeth Ardel-Gattinger stellte in ihrem Vortrag Craving und die Abhängigkeit von übermäßigem Essen bei Adipositas dar. Danach gelten Sucht-aspekte bei Adipositas als zunehmend bedeutsamer und finden Eingang in diagnostische und therapeutische Prozesse und in Präventionsprogramme.

Julia Czaja stellte die bislang wenigen Befunde zur „Binge-Eating“-Störung im Kindes- und Jugendalter vor und ging kurz auf Ansätze zur Diagnostik und psychologischen Therapie ein.

Klaus Wölfling thematisierte Computerspiele und Suchtverhalten. Er zeigte, dass sich die diagnostischen Kriterien von Suchtstörungen teilweise bei exzessiven Computerspielern finden lassen. Er verwies auf erste Forschungsergebnisse einer Arbeitsgruppe an der Charité. Psychophysiologische Untersuchungen an exzessiven Computerspielern zeigen suchtmittelspezifische Reaktionsmuster.

Unter der Schlüsselfrage „Wer braucht Was?“ stellte Martina Ernst Gesichtspunkte der Risikostratifizierung in der multidisziplinären Diagnostik und Therapie bei adipösen Kindern und Jugendlichen dar und leitete damit zum zweiten Teil der Veranstaltung über.

In ihrer Einführung zur vernetzten Versorgung ging Susanna Wiegand u.a. auf die Versorgungskette der ambulanten und stationären Maßnahmen in der Behandlung von Adipositas im Kindes- und Jugendalter ein. Adipositas gilt dort als chronische Krankheit.

Beate Blättner stellte ihre qualitative Evaluationsstudie von zwei Adipositas-Programmen für Kinder und Jugendliche dar. Sie stellte dabei kritisch fest, dass die Programme teilweise an den vordringlichen Problemlagen der Kinder vorbeizielten und in Hinblick auf mehr Vernetzung und mehr Patientenzentrierung modifiziert werden sollten.

Dorothea Kroll stellte in ihrem Beitrag ihre Arbeit mit adipösen Kindern und deren Eltern in einer Kinderarztpraxis vor. Sie legte ihr Programm „Schritt für Schritt“ zur Anregung von Bewegung im Alltag dar und verwies auf das Spandauer Netzwerk „Pfundige Kids“.

Christoph Stösslein, Vorstand der Berliner Psychotherapeutenkammer, ging in seinem Beitrag auf Chancen einer ambulanten psychotherapeutischen Behandlung im Verhältnis zu vernetzten Versorgungsformen ein. Die psychotherapeutische Behandlung sei indiziert, wenn entweder seelische Konflikte zur Entstehung von Übergewicht geführt haben, oder aber aufgrund einer bestehenden Adipositas eine sekundäre Neurotisierung bereits eingetreten sei und zu einer neuen Symptomatik geführt habe. Die Analyse der Abrechnungskennziffern bei der KV Berlin habe gezeigt, dass in der Praxis der niedergelassenen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten die Behandlung von psychogenen Essstörungen (jedenfalls bezogen auf Essstörungen mit Übergewicht in der Folge) keine große Bedeutung hat. Das wird u.a. darauf zurückgeführt, dass KJP im Rahmen leitliniengeleiteter Behandlung (Leitlinien der Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes- und Jugendalter) oder bei neuen Versorgungsformen nicht genannt werden.

Ihren Abschluss fand die vielschichtige Veranstaltung in einer lebhaften Podiumsdiskussion, in der u.a. auf die Notwendigkeit der Qualitätssicherung der vernetzten Therapieangebote eingegangen wurde. Als eine Möglichkeit

<sup>1</sup> [http://www.kiggs.de/experten/erste\\_ergebnisse/](http://www.kiggs.de/experten/erste_ergebnisse/) [Stand: 21.1.07]

der Qualitätssicherung auf der Ebene der Strukturqualität wurde auf die Möglichkeit der zertifizierten Ausbildung zum Adipositastrainer durch die KGAS (<http://www.adipositasschu->

lung.de) hingewiesen.

Eine ausführliche Dokumentation der Fachtagung finden Sie im Internet unter: <http://epiberlin.de/fachtagung>

11112006.html

*Clemens Povel*

## 2. Forum für Persönlichkeitsstörungen

*Im November fand das 2. Forum für Persönlichkeitsstörungen als Gemeinschaftsveranstaltung der Charité, der Humboldt-Universität, des Instituts für Verhaltenstherapie und der Psychotherapeutenkammer Berlin zum Thema „Therapeutische Ansätze bei der Histrionischen Persönlichkeitsstörung“ statt.*

Die Hysterie als älteste aller psychischen Störungen wird schon in der Antike beschrieben. Dipl.-Psych. Rolf Kromat (Institut f. Verhaltenstherapie Berlin) stellte in seinem Referat „Metamorphosen eines ehemaligen Paradiesvogels“ die Entwicklung der Theorie vom Beginn des 20. Jahrhunderts (Charcot, Freud, Breuer u.a.) bis heute dar. „Die Hysterie hat sich verändert und wird sich von Epoche zu Epoche verändern, weil sie immer wieder die Erscheinung annimmt, die besonders anziehend ist für die, deren Aufmerksamkeit sie sucht – die der Priester, Ärzte und Psychotherapeuten“ (Nannum, 1974).

Mit Einführung des DSM-III 1980 wurde der Begriff der „hysterischen Persönlichkeit“ ersetzt durch den der „histrionischen Persönlichkeitsstörung“ (HPS). Die Verteilung von HPS auf die Geschlechter ist, im Gegensatz zu früheren Annahmen, dass die HPS eine Frauenkrankheit ist, gleich. Allerdings wird sie bei Frauen häufiger diagnostiziert. Heutige diagnostische Kriterien im ICD 10 beschreiben ein „tiefgreifendes Muster übermäßiger Emotionalität und Streben nach Aufmerksamkeit“.

Dargestellt wurde die differentialdiagnostische Abgrenzung zu anderen Persönlichkeitsstörungen, die Komorbidität mit Angst- und affektiven Störungen, Hypothesen zur Pathogenese in der Kindheit sowie Thesen zur kognitiven Verhaltenstherapie, die immer eine Kombination aus klärungs- und verän-

derungsorientierten Behandlungsphasen beinhaltet.

Am transaktionalen Modell von Lazarus und der biosozialen Lerntheorie von Millon zeigte Dr. med. Dipl.-Psych. R.-D. Trautmann (langjähriger leitender Oberarzt der Klinik Windach, niedergelassen in eigener Praxis) verhaltenstheoretische Sichtweisen von Persönlichkeitsstörungen auf. Er arbeitete die Unterschiede zwischen der HPS und der Borderline Persönlichkeitsstörung (BPS) heraus. In der Therapie müssen Patienten mit HPS – die dazu neigen, einzelne Persönlichkeitsanteile völlig abzuspalten – lernen, innere Konflikte besser zu managen. Er betonte die Wichtigkeit einer frühen Verdachtsdiagnose, der Aufklärung des Patienten über die Diagnose und der Vermittlung eines plausiblen Erklärungsmodells sowie hohe Transparenz in den Behandlungsbedingungen z.B. durch Therapieverträge. Anhand eines Fallbeispiels zeigte er auf, dass jede Verzögerung oder Unsicherheit in Diagnose und Therapie bei der HPS zu einer oft jahrelangen Behandlungsodyssee der Patienten führt.

Prof. Dr. Stavros Mentzos stellte die Ausdifferenzierung der psychoanalytischen Kategorie der Charakterneurosen, die nur einen Teil der zwischen Psychosen und Neurosen liegenden Störungen abdeckte, hin zu den Persönlichkeitsstörungen, dar. Mit Operationalisierung der diagnostischen Kategorien wurde die Hysterie, zum einen wegen der verpönten psychoanalyti-

schen Annahmen zur Psychodynamik und Psychogenese, zum anderen wegen der Schwierigkeiten auf der deskriptiven Ebene, da die Krankheitsbilder zu inhomogen waren, neu kategorisiert: alle körperlichen Symptome wurden zu somatoformen Störungen vom Konversionstyp, die psychischen Symptome zu dissoziativen Störungen, die hysterische Charakterneurose zur HPS. Nicht mehr der ödipale Konflikt war der gemeinsame Nenner, sondern der hysterische Modus, eine unbewusste Inszenierung mit der Funktion, das Selbst, das Objekt und die Situation so verändert erscheinen zu lassen, dass die psychische Spannung reduziert und erträglicher wird. Die HPS ist damit – wie die anderen Persönlichkeitsstörungen – ein überdauerndes, potenziell lebenslang existierendes Abwehr- und Schutzsystem. Das histrionische Verhalten ist unechter Ausdruck einer echten Not. Deshalb kann Therapieziel nicht in erster Linie die Bekämpfung des auffälligen Verhaltens sein, da dies Schutzfunktion für den Patienten hat. Der Therapeut sollte eine auf authentischem Interesse begründete Beziehungserfahrung ermöglichen sowie negative Gegenübertragung vermeiden. Eine stabile Besserung ist nur dann zu erwarten wenn die hinter dem gezeigten Verhalten stehende Problematik, sei es durch Aufdeckung und/oder die neue Beziehungserfahrung, gelockert wird. Damit kann der Patient die histrionische Abwehr aufgeben. Dabei sollte die Veränderung nur in einer Abkoppelung der Lebendigkeit und Fantasie des Patienten von der defensiven Funktio-

nalisierung im Sinne der Abwehr bestehen, nicht ihrer Aufgabe.

Dr. B. Schmitz (Psychosomatische Fachklinik Bad Dürkheim) stellte ein psychoedukatives Gruppenprogramm für Patienten mit Persönlichkeitsstörungen am Beispiel der HPS vor. Psychoedukation fördert bei Ich-syntonen Störungen und mangelndem Problembewusstsein günstige Einsichtsprozesse. Sie bietet eine Perspektive zur Auflösung der Ich-Syntonie, wenn sie ressourcenorientiert und plausibel ist und Entscheidungsfreiheit lässt.

In insgesamt 12 Gruppenstunden wird die Selbstwahrnehmung und das Ver-

ständnis für das eigene Verhalten, seine Ursachen und seine Auswirkungen gefördert; Menschenkenntnis, Verständnis und Toleranz für das Verhalten anderer soll geweckt und psychosoziale Fertigkeiten im kognitiven, emotionalen und Verhaltensbereich eingeübt werden.

Dieses Therapieprogramm wurde im Rahmen des rehabilitationswissenschaftlichen Forschungsverbundes Freiburg/Bad Säckingen evaluiert. Das Programm fand eine hohe Akzeptanz und positive Bewertung in der Psychosomatik und Sucht. Experimental- und Kontrollgruppe zeigen hochsignifikan-

te Therapieeffekte in allen abhängigen Variablen, d.h. die Therapie ist hochwirksam. In der Experimentalgruppe zeigten sich eine signifikant positivere Einschätzung hinsichtlich Therapiezufriedenheit und positiver Veränderung sowie in der Tendenz kürzere Arbeitsunfähigkeitszeiten.

Nach dem großen Erfolg der beiden ersten Veranstaltungen soll im Herbst 2007 ein weiteres verfahrenübergreifendes Forum zu Persönlichkeitsstörungen (Thema „Die antisoziale Persönlichkeitsstörung“) durchgeführt werden.

Renate Mrazek

## Delegiertenversammlung

### Bericht über die Delegiertenversammlungen

Die 45 Delegierten der Berliner Psychotherapeutenkammer hatten nach der Sommerpause viele und schwere Entscheidungen zu treffen. In drei Delegiertenversammlungen ging es um die Personalentwicklung der Bundeskammer und die Personalsituation ihrer eigenen Länderkammer. Es galt sich zunächst umfassend zu informieren und danach sorgfältig abzuwägen, einerseits zwischen dem Professionalisierungsdruck mit ständig zunehmenden Arbeitsumfang, der eine Aufstockung des Personals erfordert und andererseits dem Interesse der Mitglieder nach Beitragsstabilität. Alle waren sich darin einig, dass ein Kompromiss gefunden werden musste, der die sehr unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten berücksichtigen sollte.

#### 17. Delegiertenversammlung am 31.8.06

19-23.20 Uhr, anwesend 42 Delegierte

Da der **Vorstandsbericht** allen Delegierten vorher in schriftlicher Form zugegangen war, konnte dieser Punkt in ungewöhnlich kurzer Zeit abgehandelt werden. Positiv hervorgehoben wurde die methodenübergreifende Ausrichtung der Vorstandsarbeit. Kritisiert wurde, dass 2006 kein Psychotherapeutentag stattfand und – aus Sicht einiger Delegierter – die Aktivitäten der Kammer nach Außen vernachlässigt wurden.

Die **Entwicklungsperspektiven und haushaltsrechtliche Konsequenzen der Bundeskammer in ihrer Bedeutung für die Berliner Kammer** wurde kontrovers diskutiert. Die Fortschreibung und Weiterentwicklung der Arbeit der Bundespsychotherapeutenkammer wird eine Erhöhung der Bei-

träge erfordern. Bisher führen die Landeskammern 39 € pro Mitglied an die Bundeskammer ab. Diskussionsgrundlage war ihr Erhöhung um 9 € ab 2008 Die Diskussion ähnelte der Debatte zur Personalsituation der Berliner Kammer und wird im Bericht zur 18. DV ausführlicher referiert.

**Die aktuelle personelle Situation der Berliner Geschäftsstelle** wurde den Delegierten von der Geschäftsführerin Katrin Struck erläutert.

Gegenwärtig arbeiten die Mitarbeiterinnen am Rand ihrer Belastungsfähigkeit. Unter großen Anstrengungen und mit längeren Wartezeiten werden die berufsaufsichtlichen Aufgaben, z. B. das Beschwerdemanagement und die Zertifizierung erfüllt.

Der Präsident Michael Krenz erläuterte inhaltlich anhand der Aufgaben der Berliner Kammer den zusätzlichen

Personalbedarf aus Sicht des Vorstandes. Es wird benötigt:

- Eine/ein wissenschaftliche/r Referent/in, Vollzeit (analog BAT IIa).
- Eine/eine Referent/in für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, halbe Stelle (analog BAT IVa/III)
- Ein/e Sachbearbeiter/in Zertifizierung, Vollzeit oder 2 halbe Stellen (analog BAT V/ IV)
- Justiziar/in, halbe Stelle (analog BAT IIa)

Die Delegierten waren sich einig, dass zusätzliche Arbeitskräfte nötig sind und die bisherigem niedrigen Mitarbeitergehälter erhöht werden sollten., Weniger umstritten war die Stelle der/des Sachbearbeiters/in für die Zertifizierung und die einer/s Referentin/en für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Stelle des/der Justiziaris/in wurde kritisch hinterfragt. Nach den sachbezogenen Informationen wurde

die Diskussion zu diesem Thema zunächst an die in der DV vertretenen Listen weiter gegeben.

Ein weiteres zukunftsweisendes Thema wurde an diesem Abend ebenfalls angesprochen: die Gründung einer **Kammer-GmbH** mit dem Ziel, ggf. Aufgaben der Kammer mit dieser Gesellschaftsform schneller und kostendeckend erfüllen zu können; vor allem böte sich die Gelegenheit, mit Partnern zu kooperieren, z.B. bei Projekten. Folgende Punkte wurden diskutiert:

- Vorteile einer GmbH gegenüber einer Stiftung oder einem eingetragenen Verein (e.V.)
- Beziehung der GmbH zur Verwaltung
- Beziehungen DV – GmbH
- Ist die Kammer Gesellschafter der GmbH, wird das Stammkapital von 25.000 € aus den Mitgliedsbeiträgen erbracht?
- Gleiche Geschäftsführung für GmbH und Kammer?
- Für welche Projekte wäre eine GmbH sinnvoll?
- Unklarheiten bei der Konstruktion Kammer und GmbH; Kammer hat hoheitliche Aufgaben, GmbH ist auf Gewinnstreben ausgerichtet. In welcher Form wollen wir gewinnorientiert arbeiten oder gemeinnützig?

Die Delegierten forderten weitere Informationen, um sich eine fundierte Meinung bilden zu können.

Bei der Diskussion über **mögliche Konsequenzen der Verabschiedung der veränderten Psychotherapie-Richtlinien durch den G-BA** zeigten sich die unterschiedlichen Strömungen und berufspolitischen Interessen der Delegierten. Die Änderung der Richtlinien hatte besondere Kritik ausgelöst, da dem langjährigen Anerkennungsverfahren der Gesprächspsychotherapie damit die Grundlage entzogen wird. Eine **Resolution zur Unterstützung der GT** wurde vom „Bündnis“ eingebracht von den Delegierten angenommen.

Zum Abschluss wurde über den **Stand**

**der Errichtung eines Versorgungswerkes** für die Berliner Psychotherapeuten informiert. Dieses wird weiterhin von der SPD blockiert, Gabriele Klausmeier (Liste der Kinder und Jugendtherapeuten) wurde von M. Krenz aus der Delegiertenversammlung verabschiedet und im Namen der Mitglieder für die Mitarbeit herzlich gedankt. Sie gibt aus persönlichen Gründen ihr Mandat zurück; steht der Arbeitsgruppe „Behandlung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen“ weiterhin zur Verfügung

### **18. Delegiertenversammlung am 23. 11.06**

18.45-23.20 Uhr, 44 Delegierte

Nachdem die Stellvertreter für die Bundesdelegierten nachgewählt worden waren, hielt die Geschäftsführerin der Bundeskammer, Dr. Christina Tophoven, einen sehr informativen Vortrag zum neuen **Vertragsarztrechtsänderungsgesetz**. Sie demonstrierte damit, wie wichtig ein hohes Qualitätsniveau für eine ernstzunehmende Vertretung des Berufsstands ist und erläuterte anschließend die **Personalsituation der Bundeskammer**. Durch die sehr knappen personellen Ressourcen würden derzeit wichtige Themenfelder nicht oder nur unzureichend bearbeitet. Es sei dringend notwendig, politisch handlungsfähig zu sein, besonders da zur Zeit wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Arbeit der Psychotherapeuten erfolgen (Gesundheitsreform, Prävention, KJHG, QS/QM, Bachelor/Master, Maßregelvollzug, Dienstleistungs- und Berufsanerkennungsrichtlinie, Vertragsarztrechtsänderungsgesetz etc.)

Unter TOP 5 stellte K. Struck den **Wirtschaftsplan 2007 im Hinblick auf die Personalentwicklung** vor.

M. Krenz referierte ausführlich über die inhaltliche Arbeit in der Kammer und die dafür notwendigen personellen Anforderungen. Heinrich Bertram legte dazu eine von dem restlichen Vorstand abweichende Position seiner Bündnisfraktion dar. Er sprach sich grundsätz-

lich für eine Anpassung der Mitarbeitergehälter wie auch für eine Erweiterung des bisherigen Stellenumfanges aus. Er forderte Beitragsstabilität zur Lasten der (wirtschaftlich notwendigen) Rücklagen der Kammer und plädierte für die Einstellung eines „Generalisten“ und einer Verwaltungskraft, beide mit niedrigerer Eingruppierung und geringerer Stundenzahl.

Es folgte eine ausführliche und intensive Diskussion. Positiv wurde bemerkt, dass der Vorstand den Delegierten bezüglich des Themas Personalerweiterung genug Zeit für ausführliche Diskussionen eingeräumt hat. Ebenfalls positiv wurde die höhere Eingruppierung der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle bewertet. Die geplante Personalerweiterung wurde gleichermaßen kritisch und positiv bewertet:

- Kritisiert wurde die geplante Erhöhung der Personalkosten um 62% und eine damit einhergehende Beitragserhöhung, die als unzumutbar und schwer vermittelbar eingeschätzt wird.
- Gefordert wurde die weitere Präzisierung der Aufgaben, insbesondere des Wissenschaftlichen Referenten und des Mitarbeiters für Öffentlichkeitsarbeit in Abgrenzung zu den Tätigkeiten des Vorstands.

Problematisch erschienen außerdem die Kosten für die Stelle der Sachbearbeitung Zertifizierung, da von der anzuschaffenden Software (30.000 €) Arbeitersparnis zu erwarten sein sollte. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass im Wirtschaftsplan 2007 einige kostenverursachenden Posten, die mit zusätzlichem Personal einhergehen würden, nicht aufgeführt seien, z.B. höhere Reise-, Telefon-, Raumkosten, Hardware etc.

Die politische Positionierung sollte Aufgabe des Vorstandes sein, politische Aufgaben sollten nicht Referenten überlassen werden, Fachkräfte sollten unter der politischen Verantwortung des VS arbeiten, war eine weitere kritische Meinung.

Bezüglich der Bearbeitung von Beschwerden wurde ein PP und kein Jurist vorgeschlagen. Christiane Angermann-Küster führte daraufhin aus, dass die inhaltliche Bearbeitung und Würdigung von Beschwerden weiterhin beim VS bleibe, ein Jurist jedoch für das rechtliche Prozedere, insbesondere für die Bescheidung mit juristisch korrekter Formulierung zwingend notwendig sei.

K. Struck wies darauf hin, dass die mit 30.000 € veranschlagte Fortbildungszertifizierungssoftware Datensicherheit und Arbeiterleichterungen bringen würde. Im Webportal (Serviceteil) sollten die Mitglieder Zugang zu ihren Daten (Punktekonten) haben und diese auch selbst eingeben können. Die inhaltliche Prüfung der Anträge sei jedoch weiterhin notwendig. Diese Aufgabe solle teilweise von dem/der neu einzustellenden Mitarbeiter/in für diesen Bereich übernommen werden, damit die Gesundheitsreferentin, Mechthild Engert, ihren inhaltlichen Aufgaben nachkommen könne. K. Struck führte an, dass sich die Gebühreneinnahmen für die Zertifizierung auf 36.000 € im vergangenen Jahr beliefen, so dass nicht alles durch Mitgliedsbeiträge finanziert würde.

Vorgeschlagen wurde noch eine stufenweise Erweiterung des Personals oder eine Arbeitszeiterhöhung bei den vorhandenen Teilzeitkräften. Die Wichtigkeit und Professionalisierung der Kammerarbeit wurde immer wieder betont. Zusätzliches Personal sei notwendig, um die im Kammergesetz definierten Aufgaben zu bewältigen.

Turbulent verlief auch die Abstimmung über das neue **Konzept des Servicetelefon**s, das von Ch. Angermann-Küster vorgestellt wurde. Es ging in diesem Zusammenhang um den Beitritt zur Datenbank von Psych-Info, der vier Länderkammern angehören, da die vorhandene Datenbank des Servicetelefon fehlerhaft und unübersichtlich ist und sie die Datenmenge nicht mehr angemessen verwalten kann.

Problematisiert wurde, dass bei der Suche nach einer Institution diese nur über die dort arbeitenden Personen (PPT/KJP) auftaucht. Gegen einen Beitritt zu Psych-Info sprachen sich mehrere Delegierte aus. Sie argumentierten, dass gerade das Verzeichnis der Institutionen, in denen Psychotherapeuten arbeiten und die zur psychosozialen Versorgung Berlins gehören, zentrales Argument für die Einrichtung des Servicetelefon war. Ch. Angermann-Küster erläuterte, dass die Kammer kein neues „Graubuch“ auflegen könne, die Institutionen nur in Verbindung mit dort arbeitenden Mitgliedern aufgenommen werden könnten. Das sei auch jetzt schon so, könne im System von Psych-Info eher transparenter gestaltet werden als in der jetzigen unübersichtlichen und fehlerhaften Datenbank. Die Argumente gegen einen Beitritt zu Psych-Info richteten sich v.a. gegen den Sachverhalt, dass Access die Basis der Datenbank sei, da Access nicht geeignet sei, eine größere Anzahl von Datensätzen zu verwalten. Die erschöpften Delegierten stimmten daraufhin nur über die Weiterführung des Servicetelefon als Daueraufgabe der Berliner Kammer ab. Die Entscheidung eines Beitritts zu Psych-Info wurde vertagt. Um 23.30 Uhr endete die Versammlung nach fast fünf Stunden.

### **19. Delegiertenversammlung am 30.11.06**

18.45-23.30 Uhr, 45 Delegierte

Nach einer kurzen Erläuterung von M. Krenz zu den anstehenden Ärzteprotesten zur Gesundheitsreform und der diesbezüglichen Positionierung der Kammer (s. Stellungnahme auf der Homepage) ging es mit der Diskussion um das **Servicetelefon** weiter. Ch. Angermann-Küster erläuterte die weitere Planung. Die ursprüngliche Idee des Servicetelefon soll fortgesetzt werden, d. h. die vermittelnde Funktion steht im Vordergrund. Zielgruppe sind Patienten/innen und PP/KJP. Abermals wurde der Ausschluss von Institutionen im Psych-Info kritisiert, sowohl hinsichtlich des Ausschlusses der Arbeits-

bereiche der angestellten Kammermitglieder als auch des begrenzten Servicecharakters. Zur Problematik des Zugriffs auf Institutionen berichtete Ch. Angermann-Küster, dass die Datenbank des Servicetelefon auch jetzt nur Daten der approbierten Kollegen/innen führe, nicht jedoch die Institutionen umfassend abbildet. Die Institutionen in öffentlicher oder freier Trägerschaft, in denen psychotherapeutische Leistungen erbracht werden, sind auch jetzt nur über die Kollegen/innen zu finden, die dort arbeiten. Mit den Psych-Info-Betreibern wird bereits zu diesem Thema verhandelt, da aus Berliner Sicht die Zugangsmöglichkeiten zu den entsprechenden Institutionen erleichtert werden soll. Außerdem machte sie darauf aufmerksam, dass die Diskussion in der letzten DV über SQL- oder Access-basierte Datenbanken eher mit der späten Stunde zu tun hatte. Psych-Info ist (wie von kompetenten Delegierten gefordert) SQL-gestützt, die jetzige Datenbank basiert auf Access und funktioniert genau deswegen nicht. Die Kosten des Beitritts werden sich auf 4.500 € und ca. 2.500 € jährliche Betriebsgebühren belaufen. Ch. Angermann-Küster informierte die Delegierten, dass der Vorstand den Beitritt zu Psych-Info beschloss, nachdem die Delegiertenversammlung eine Weiterführung des Servicetelefon entschieden hatte. Da mit dem jetzigen System das Servicetelefon nicht weiter zu betreiben ist und die Entwicklung eines eigenen Systems zu teuer wird, erschien dem Vorstand der Beitritt die kostengünstigere Variante. Angestrebt wird ein Kooperationsprojekt mit den beiden Universitäten FU und HU. Qualifizierte Studenten/innen des Hauptstudiums haben die Möglichkeit zu beraten.

Unter TOP 3 wurde die vom Ausschuss „Berufsordnung, Ethik, Menschen und Patientenrechte“ überarbeitete **Berliner Berufsordnung** in großer Einmütigkeit rasch verabschiedet. Damit erhalten die Berliner PP/KJP eine der Musterberufsordnung der Bundespsychotherapeutenkammer

angepasste Berufsordnung, die für alle Mitglieder der Kammer gültig und verbindlich ist.

Die Berichte aus den Ausschüssen lagen schriftlich vor und wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss „Haushalt und Finanzen“ klagte über akuten Personalangel und forderte Unterstützung durch weitere Delegierte.

Zur Abstimmung kam anschließend der **Jahresabschluss 2005**. Nach einer Erläuterung von K. Struck, dem Bericht des Rechnungsprüfers, Herr Reinger, und dem Bericht der internen Rechnungsprüfer, Alexander Malkowsky und Bernd Fliegener, entlasteten die Delegierten sowohl diese als auch den Vorstand einstimmig.

Unter TOP 5 **Wirtschaftsplan und Beitragsfestsetzung bzw. Stellenerweiterung** sollte das in den zwei vorherigen DVs ausführlich vorbereitete Thema zur Entscheidung gebracht werden. M. Krenz erläuterte den modifizierten Vorschlag des Vorstandes zur Erweiterung des Personals, in den Argumente der Kritiker eingearbeitet wurden. Beantragt wurden die Stellen **für Öffentlichkeitsarbeit** (1/2 Stelle, BAT IVa, 2 J. befristet), **für die Zertifizierung** (2x 19,5 Std., BAT Vc/Vb) und eines wiss. Referentin (Bat IIa, 38

Std.). Juristische Kompetenz solle bei Bedarf auf der Basis einer freien Mitarbeit oder einer Fallpauschale herangezogen werden.

Der Präsident beantragte die Erhöhung der Beiträge sowie die Zustimmung zum Wirtschaftsplan (WP) 2007. Eine große Delegiertengruppe sprach sich gegen höhere Beiträge aus und forderte Einsparungen im Haushalt 2007. Noch einmal wurde ausführlich das Für und Wider ausgetauscht, bevor in geheimer Abstimmung über den WP und die Beitragserhöhung entschieden wurde.

**Antrag Beitragserhöhung:**

Dafür: 26      Dagegen: 18

Enthaltungen: 1

**Antrag WP 2007**

Dafür: 25      Dagegen: 14

Enthaltungen: 2

Damit haben die Mitglieder der Delegiertenversammlung beschlossen, dass ab 2007 der Regelbeitrag 305 Euro, statt bisher 250 Euro und der ermäßigte Beitrag 85 Euro, statt bislang 80 Euro betragen wird (Erläuterungen in dem Ihnen zugegangenen Sonderrundbrief).

Nach dieser Abstimmung ging es um die Novellierung der Fortbildungsordnung. Schon im Vorfeld gab dazu es kontroverse Diskussionen. Ein zentraler Konfliktpunkt war dabei der Begriff der Wissenschaftlichkeit als notwendig

es Kriterium für die Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen. Zudem mussten Fragen der interaktiven Fortbildung und deren Begutachtung geregelt werden. Es gab zahlreiche Anträge auf Änderungen bestimmter Formulierungen oder einzelner Passagen, die alle einzeln abgestimmt werden mussten. Besonders von universitärer Seite wurde der offene Wissenschaftsbegriff im Text der Fortbildungsordnung kritisiert und es wurde versucht, durch Anträge eine Korrektur zu erreichen. Letztlich war – auch wegen der Kurzfristigkeit der Anträge – dafür keine Mehrheit zu gewinnen und die novellierte Fortbildungsordnung wurde bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen.

Dr. Wieland Knobbe von der Liste „Forum“ verabschiedete sich aus der DV. Ihm wurde für seine engagierte Mitarbeit herzlich gedankt und für seine zukünftige Berufstätigkeit in Hannover alles Gute gewünscht. Die entkräfteten Delegierten verabschiedeten sich in den wohlverdienten Feierabend.

Ausführlichere Informationen finden Sie auf der Homepage der Kammer.

*Pilar Isaac-Candeias*

## Glossar

Der Ausschuss "Wissenschaft, Forschung, Qualitätssicherung" wird in dieser Rubrik regelmäßig wesentliche Begriffe erläutern und auf Websites

oder Texte zur Vertiefung hinweisen. Wir beginnen mit einer kurzen Vorstellung des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie (WBP) Ihm kommt im

Zusammenhang mit der Debatte um „Wissenschaftliche Anerkennung“ von Psychotherapieverfahren und Methoden besondere Bedeutung zu.

## Wissenschaftlicher Beirat Psychotherapie

*Der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie (WBP) hat lt. § 11 des Psychotherapeutengesetzes den politischen und juristischen Auftrag die wissenschaftliche Anerkennung von Psychotherapieverfahren zu beurteilen.*

Nicht alle Verfahren, die in der Praxis angewandt und „anerkannt“ sind, können für Tätigkeit und Ausbildung von Psychotherapeuten/innen zugelassen werden. Wesentliches Kriterium der Anerkennung ist, dass die Wirksamkeit und Unbedenklichkeit eines Verfahrens

mit empirischen Methoden – kontrollierte Überprüfung mittels objektiver, reliabler und valider Messungen – nachgewiesen wurde. Der Nachweis einer experimentellen Wirksamkeit (efficacy) – im Sinne der Heilung und Linderung von Störungen mit Krank-

heitswert – muss als Resultat der Anwendung dieser Methode oder dieses Verfahrens erbracht sein.

Der WBP setzt bei seiner Beurteilung voraus, dass neben der experimentell nachgewiesenen Wirksamkeit auch die

Übertragbarkeit der Studienergebnisse in den klinischen Alltag im Rahmen des Deutschen Gesundheitssystems berücksichtigt wird.

In der Regel wird der WBP auf Anfrage von Landesbehörden, anderen Einrichtungen, Fachgesellschaften oder Verbänden tätig, die eine Beurteilung oder ein Gutachten der wissenschaftlichen Anerkennung einer Therapiemethode beantragen. Mittels einer diffe-

renzierten Suchstrategie nach relevanten Studien, nach mehrstufiger Auswertung, Protokollierung und Veröffentlichung auf der Homepage erstellt der WBP sein Gutachten.

So können etwa Empfehlungen zu Vertiefungsgebieten der Psychotherapieausbildung gegeben werden und somit später auf eine berufs- und sozialrechtliche Anerkennung vorbereiten.

Der WBP ist bei der Bundespsychotherapeutenkammer in Berlin angesiedelt. Die derzeitigen Mitglieder – sechs Psychologische Psychotherapeuten/innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten/innen und sechs ärztliche Psychotherapeuten/innen – sind bis Ende 2008 eingesetzt. Zum Weiterlesen: [www.wbpsychotherapie.de](http://www.wbpsychotherapie.de).

*Renate Degner*

## Aktuelles

### Recherche

Die Kammer möchte eine Übersicht erstellen über Berliner (Modell-) Forschungsprojekte, die empirische wissenschaftliche Erkenntnisse in der psychotherapeutischen Praxis untersuchen. Kennen Sie z.B. laufende Universitäts- oder Klinikstudien zur Überprüfung/Erprobung therapeutischer Verfahren oder Methoden, die niedergelassene oder angestellte Psychotherapeuten/innen oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten/innen

einbeziehen? Arbeiten Sie an einem solchen Projekt mit?

Wir bitten Sie, uns das mitzuteilen. Der Ausschuss „Wissenschaft/Forschung/Qualitätssicherung“ sammelt Konzepte und Abstracts um sich der Schnittstellenproblematik zwischen Theorie und praktischer Umsetzung anzunehmen.

Mitteilungen erbitten wir an:

Dr. Renate Degner

Mail: [degner@psychotherapeutenkammer-berlin.de](mailto:degner@psychotherapeutenkammer-berlin.de) oder Tel. 030/20673988.

## Veranstaltungen

### Traumatisierte Flüchtlingskinder und –jugendliche Stellungnahmen im Rahmen von Behandlung und aufenthaltsrechtlichen Verfahren

Die Psychotherapeutenkammer Berlin und die Ärztekammer Berlin bieten eine 2-tägige Fortbildung an.

- Somatisierungsstörungen

**Zeit:** Sa. 2.6. u. 9.06.2007 jeweils von 9.00 – 17.30 Uhr

**Ort:** Haus der Diakonie, Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin

**Kosten:** 220 EUR

Inhalte u.a.:

- Lebensbedingungen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- Einbeziehung von Eltern und Betreuern
- Formen der Traumatisierung
- Einsatz von Testverfahren
- Täter – Opfer – Problematik
- Arbeit mit Dolmetschern
- Ausländerrechtliche Aspekte

Die Veranstaltung wird voraussichtlich mit **20 Punkten** zertifiziert. Informationen und Anmeldung über die Psychotherapeutenkammer Berlin.

## Impressum

### Herausgeber

Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin

V.i.S.d.P.: Renate Mrazek

### Redaktionsteam

Ch. Stößlein, I. Brombacher, Dr. I. Dettbarn, M. Henkel-Gessat, P. Isaac-Candeias, Dr. Th. Lecher, U. Meybohm, R. Mrazek, Dr. M. Thielen.

### Geschäftsstelle

Kurfürstendamm 184,  
10707 Berlin,  
Tel. 030/8871 40-0, FAX -40  
[info@psychotherapeutenkammer-berlin.de](mailto:info@psychotherapeutenkammer-berlin.de)

### Sprechzeiten der Kammer

Montag 9.00 – 14.00 Uhr  
Dienstag 14.00 – 19.00 Uhr  
Mittwoch 9.00 – 14.00 Uhr  
Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 14.00 Uhr

Besuchen Sie unsere Internetseiten  
[www.psychotherapeutenkammer-berlin.de](http://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de)